

Volksmacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Zeitschriften: „Die Arbeiter“, „Lust und Sport“

Belegpreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 46, durch die Expedition: Neue Gruppenstraße Nr. 5, durch die Filial-Expeditionen: Hauptstraße 140, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. — Belegpreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 6 Goldpfennige monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dresden 2**
Verlags- und Hauptgeschäftsstelle: **Dresden 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktions-Ring 3162
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 5852

Anzeigenpreis: 30 Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Einzelexemplare 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleumdungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormitags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 46 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Keine Einigung in der Völkerbundsfrage!

Keine Aenderung des Artikels 16 erreicht.

Locarno, 9. Oktober. (Drahtbericht.) Dr. Stresemann erklärte in den letzten Stunden des Donnerstags den Vertretern der deutschen bürgerlichen Presse, daß die Donnerstag-Sitzung sehr bewegt verlaufen sei. Bei der Diskussion über Artikel 16 habe sich gezeigt, daß eine Veränderung nicht möglich war. Noch am Mittwoch habe man die Hoffnung gehabt, Artikel 16 entsprechend den deutschen Forderungen ändern zu können, aber am Donnerstag habe man sich einer geschlossenen Front der Alliierten gegenüber gesehen, die der deutschen Forderung abweisend gegenüberstand. Zum ersten Male seit dem Zusammenbruch der Konferenz seien von den einzelnen Delegierten große grammatische Reden gehalten worden, als ob man von der Bühne herab spreche. Eine gewisse Rolle spielte die Möglichkeit, im Rahmen des Völkerbundes die französische Garantie der Diktate und den Artikel 16 in einer gemeinsamen Kompromißformel zu vereinigen. Doch werde noch viel Arbeit und Mühe sein, um zu einer annehmbaren Lösung zu kommen. Die Forderungen Stresemanns waren ernst gehalten, werden aber zu keinem bestimmten Resultat führen. Seine Besorgnis sei.

Wir haben den Widerstand des Auswärtigen Amtes gegen die Annahme des Völkerbundsartikels über das Ausschließungsrecht immer für überflüssige Konzession an die Alliierten gehalten, die die ganze Verständigung in den Westmächten in Frage stellen kann. Stresemann und seine Berater haben offenbar damit gerechnet, daß eine Lockerung der Völkerbundsbedingungen in diesem Punkt gewissen reaktionären Kreisen im Westen nicht ganz unwillkommen wäre. Sie haben dabei übersehen, daß gerade die Träger des Nationalismus der Verständigung mit dem Völkerbunde stehen und Anhänger der Völkerbunds-idee sind.

Ein Nachgeben wird dem deutschen Außenminister dieser Frage nicht leicht sein, nachdem er auch trotz stimmiger Ablehnung des Völkerbundsrates diesen nach grundsätzlicher Nichtanwendung des Ausschließungsartikels aus innerpolitischen Prestige-Gründen aufrecht hielt, und die Zeitungen, vom „Berliner Tageblatt“ bis zur „Deutschen Tageszeitung“ darauf festhielten. Er wird sich schließlich mit der Sicherheit abgeben müssen, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund praktisch die Anwendung dieses Artikels auch ohne Aenderung der Satzung nicht gegen Deutschlands Stimme im Völkerbundsrat möglich ist.

Die gestrigen Besprechungen.

Locarno, 8. Oktober. (Drahtbericht unj. Sonderkorrespondenz.) Die Donnerstag-Sitzung der Völkerbunds-Konferenz begann um 2.30 Uhr und endete um 6 Uhr abends. An den Beratungen nahmen die Bevollmächtigten der fünf Mächte teil, während die Außenminister der Tschechoslowakei und Polens entgegen anderen Erwartungen der Sitzung nicht bewohnten. Amlich wird über den Verlauf der Beratungen mitgeteilt: Die dritte Sitzung der Konferenz war verschiedenen Fragen gewidmet, die sich aus der Teilnahme Deutschlands am Völkerbunde für die eventuellen Unterzeichner des Sicherheitspaktes ergeben. Eine allgemeine Diskussion fand statt, in der Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Englands und Italiens den Standpunkt ihrer Regierungen darlegten. Die Konferenz wurde bis Samstag, den 10. Oktober, vertagt. Es wurde beschlossen, am Sonntag zwei Sitzungen abzuhalten, die am 11. Oktober um 10.30 Uhr vormittags und 2.30 Uhr nachmittags. Darüber hinaus erfahren wir, daß man in der Vormittags-Sitzung des Sonntags beschäftigt, den Sicherheitsvertrag vorläufig zu verabschieden und daß in der Nachmittags-Sitzung die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zur abschließenden Erörterung gestellt werden soll.

Locarno, 8. Oktober. (Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten.) Am Donnerstag, vormitags um 10 1/2 Uhr, hielt Dr. Stresemann dem englischen Außenminister im Grandhotel einen Besuch, der fast zwei Stunden dauerte. Im Gegenzug zum Vortage haben es jetzt also auch die Hauptbevollmächtigten in ihren Quartieren, statt unauffällig in der Begleitung von Locarno, zu unterhalten. Damit sind die inoffiziellen Besprechungen als ein wichtiges Merkmal der Konferenz anerkannt. Sie dürften auch den nächsten Tagen den Ausschlag für die Fortschritte geben. Freitag soll der ersten Besprechung zwischen Luthers und eine zweite folgen und auch Stresemann wird seine Kontakte mit Chamberlain fortsetzen. Es handelt sich um einen „streng vertraulichen“ Erklärung. Erörterungen um Art des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und die Punkte des Paktes. Dabei dürften die letzten Schwierigkeiten über die Regelung der Dispositionen schneller als die Differenzen

über den Eintritt in den Völkerbund. Wenigstens ist das der übereinstimmende Eindruck Briand's und Chamberlain's auf Grund der „privaten Gespräche“.

Die Lösung des Disproblems ist tatsächlich insofern leichter, als auch der tschechische Außenminister Benesch in seiner Unterredung mit Briand am Mittwoch die Zustimmung vertrete hat, daß eine einseitige Garantie Frankreichs für die Sicherheit der Ostgrenzen nicht erwünscht ist und daß die Lösung im Rahmen der Bestimmungen des Völkerbundsartikels gesucht werden muß, eine Ansicht, die auch im Juli 1925 von der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zum Ausdruck gebracht wurde. So ungenau auch Polen auf eine vertragsmäßig über die Völkerbundsbedingungen hinausgehende Sicherheit verzichten möchte, so dürfte es doch nicht umhin können, sich der Auffassung der Großmächte anzuschließen, wenn es nicht Gefahr laufen will, sich zu isolieren. Es ist allgemein anzunehmen, daß Briand bereits eine entsprechende Einwirkung in der am Donnerstagabend mit dem polnischen Außenminister geführten Unterredung ausgeübt hat.

Die eigentliche Sitzung der Vollkonferenz am Donnerstag besaßte sich hauptsächlich mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Alle Hauptbevollmächtigten beteiligten sich an der Aussprache. Luthers und Stresemann gaben längere Erklärungen ab, die auf alliierter Seite als Beweis dafür gedeutet werden, daß Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen ist. Jedenfalls scheinen in allen bisher noch strittigen Fragen, vor allem auch über den Charakter der abzuschließenden Schiedsgerichtsverträge, große Fortschritte auf dem Wege zur Verständigung gemacht worden zu sein. Damit die einzelnen Staatsmänner die Möglichkeit haben, sich in persönlichen Besprechungen gründlich über alle Fragen in Ruhe unterhalten zu können, wurde beschlossen, am Freitag keine Plenarsitzung stattfinden zu lassen. Dagegen soll die Konferenz am Samstag zwei Sitzungen abhalten. Man hofft bestimmt, am Sonntagabend die Verhandlung der fünf an der Konferenz teilnehmenden Hauptmächte herbeiführen zu können, so daß am Montag die gemeinsamen Sitzungen mit Polen und der Tschechoslowakei beginnen dürften.

Zu amtlichen englischen und französischen Kreisen erwartet man unter diesen Umständen, daß die Konferenz ihre Arbeiten wahrheitsgemäß bis nächsten Donnerstag erhebt haben wird. Luthers hat sich in einem Privatgespräch am Donnerstag ebenfalls dahin ausgesprochen, daß man sich über alle Fragen verständigen wird, da alle Delegationen von dem Wunsche befeuert sind, die Verständigung unter allen Umständen zu erreichen.

Tschitscherin paßt sich an.

In der Berliner „Roten Fahne“ äußerte sich der russische Außenminister Tschitscherin der immer noch in Berlin weil, über die Verhandlungen in Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Der Artikel 16 des Völkerbundsartikels, so erklärt Tschitscherin, könne Deutschland dazu zwingen, gegen die Sowjetunion Maßnahmen zu ergreifen. (Für auf Grund einstimmiger Rechtsbeschlüsse, zu denen auch Deutschland selbst also mitwirken müßte! Red.) Schon heute sei eine finanzielle Boykottbewegung der englischen Banken gegen die Sowjetunion bemerkbar, indem sie sich weigern, die Handelsoperationen mit der Sowjetunion zu finanzieren bzw. solche Kredite zu gewähren. Auf Grund des Artikels 16 sei es leicht denkbar, daß auch Deutschland eine solche wirtschaftliche Boykottmaßnahme mitmachen möchte. Englands gesamte Außenpolitik sei gegen Moskau gerichtet. Rußland habe Informationen darüber, daß die englische konservative Regierung den Versuch unternommen hat, die französische Regierung zu einem gemeinsamen Schritt gegen Moskau zu bewegen. Die gegenwärtige französische Regierung habe einen solchen Kollektivschritt abgelehnt.

Schließlich äußerte sich Tschitscherin auch über die Frage, ob die Sowjetregierung nicht geneigt wäre, auch ihrerseits Schiedsgerichtsverträge abzuschließen. Die Sowjetregierung müsse diesen Gedanken ablehnen und zwar aus dem Grunde weil sie der Auffassung ist, daß es keine unparteilichen Schiedsrichter geben kann, der angesichts der Verschiedenheiten der Grundlagen des Sozialstaates und anderer (kapitalistischer) Staaten in Betracht kommen könnte. Gegen den Abschluß von Nichtangriffsverträgen zwischen der Sowjetunion und anderen Staaten habe die Sowjetregierung grundsätzlich nichts einzuwenden.

Tschitscherin ist mit seiner absichtlich falschen Darstellung des geltenden Völkerbundsrechts, die die Verständigung zwischen Deutschland und den Westmächten fördern soll, immerhin bereits aus der bürgerlichen Berliner Presse, die ihm zunächst als Sprachrohr diente, bis in das einzige von Moskau aus bezahlte Blatt der Reichshauptstadt zurückgegangen. Es ist ein Treppennwitz der Weltgeschichte, daß nun gerade die „Rote Fahne“ ihm dazu dienen muß, eine gewisse Anpassung an die Verhandlungen von Locarno zu vollziehen und auch im Namen Sowjetrußlands die Bereitschaft zum Abschluß von Sicherheitsverträgen zu erklären. Die Staaten, die bisher solche Verträge vorbereitet, wünschen allerdings ihre Garantierung durch den Völkerbund und dadurch die Festlegung

eines hohen Risikos für den Vertragsbrecher, der sich gegebenenfalls einer der von Tschitscherin so gesuchten Bundesstrafaktionen zuziehen kann. Diese Konsequenzen dürfte Sowjetrußland nicht so ohne weiteres auf sich nehmen wollen, obwohl der russische Außenminister sie anlässlich seiner jetzigen Bereitschaftserklärung zu Sicherheitsverträgen durch Nichterwähnung im Dunkeln läßt.

Zur neuesten Kronprinzenaffäre

wird jetzt durch W.T.B. folgende offizielle Darstellung verbreitet, für die bezeichnenderweise niemand verantwortlich zeichnet, die aber unserer Meinung nach nur den als Freund der kronprinzlichen Familie bekannten und offenbar betroffenen Landeshauptmann von Thier zum Verfasser haben kann:

Durch die Presse ist die Nachricht gegangen, daß im Preussischen Landtag ein Abgeordneter erklärt habe, ein Lokomotivführer aus Dels sei zu Unrecht in eine Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt aufgenommen und dort ein Jahr lang festgehalten worden. Dies ist falsch.

Der betreffende Lokomotivführer ist nach einwandsfreier ärztlicher Feststellung zur Zeit der Einlieferung und während der ganzen Dauer des Aufenthalts in der Anstalt unzureichend geistig und anfallspflichtig bedürftig gewesen. Die Entlassung ist erfolgt, sobald als eine Besserung (nicht Heilung) des Zustandes und die Ermöglichung einer geeigneten Unterbringung dies erlaubte.

Wenn der Herr Landeshauptmann oder sein Beauftragter meint, mit dieser Notiz die Öffentlichkeit über den neuesten und dunkelsten Weiberfand der ehemaligen Thronfolgerin beruhigen zu können, ist er sehr im Irrtum. Die Nachprüfung der merkwürdigen Unternehmung des Lokomotivführers, dessen Tochter der jüngere Wilhelm verführt hatte, ist ja jetzt bereits in den Händen der Berliner ministeriellen Aufschichtsbehörde. Es ist nicht üblich, den Ergebnissen einer solchen Untersuchung vorzugreifen, wie das hier merkwürdigerweise geschieht.

Aber nicht nur der eigenartige Zeitpunkt dieser Erklärung — recht lange nach den Angriffen im Landtag und noch vor der Durchführung der ministeriellen Nachprüfung — berührt ebenso seltsam wie die Verschweigung des beamteten Verfassers der Erklärung. Auch inhaltlich sind diese armseligen Sätze keinerlei Antwort auf die im Parlament erhobenen Anklagen. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung, gerade als der Vater des Mädchens aufs Schloß gehen wollte, der Zeitpunkt der Entlassung, wenige Tage nach dem Besuch des sozialdemokratischen Abgeordneten bei dem Internierten, beides bleibt unerklärt! Unbestritten bleibt schließlich die Richtigkeit der Behauptungen des armen Vaters, die durch seine Abkempfung als Geisteskranker in Zweifel gestellt worden war. Vielleicht hat der ungenannte Verfasser der Erklärung sich für die Klärung der kronprinzlichen Schmutzereien selbst nicht mehr für zuständig gehalten. Aber auch der Delfer Presseapparat, der sonst so schnell funktioniert, schweigt sich darüber aus. Nach einem alten Rechtspruch gibt der Schweigende alles zu. Es kommt ja allerdings auch bei dem nur für das Repräsentieren und leichte Leben erzeugenen Hohenzollern auf eine schmutzige Geschichte dieser Art mehr nicht mehr an. Und so ein Kerl hätte ohne die Revolution von 1918 Deutschland einst von Gottes Gnaden zu regieren gehabt!

Die polnischen Parteien und ihre Regierung.

Warschau, 8. Oktober. (Drahtbericht.) Die polnischen Rechtsparteien wollen es durchsehen, daß der Beschluß über die Stellungnahme zu Grodzki's Regierungsprogramm bis zur Beendigung der Konferenz in Locarno vertagt wird, um eine Regierungskrise zu vermeiden. Im Lager der radikalen Demokraten, der Witak-Partei und der Nationalen Arbeiterpartei herrscht noch Unentschiedenheit hinsichtlich der Stellungnahme. Die Sozialdemokraten werden einen Antrag auf Auflösung des Sejms stellen. Die christlichen Demokraten wollen Grodzki mit einem Gegenprogramm zur Sanierung entgegenstellen. Sämtliche nationale Minoritäten der Regierung sind die „Wojewodische“ Parteien sind entschlossen, der Regierung Grodzki ein „Wojewodenspatium“ zu stellen, die „Wojewodische“ wird den entscheidenden Antrag stellen. Der Uebertritt der jüdischen Fraktion zur Opposition beweist den zunehmenden Ansehensverlust der Grodzki'schen Regierung. Die jüdische Fraktion hat jetzt eine Antipathie erreicht, in welcher sie der Regierung des Reichstages über die Forderungen und neue Verhandlungen der Grodzki'schen Regierung durch den numerus clausus an den Universitäten vorliegt.

Sozialdemokratische Selbstverwaltungs- Arbeit wird nachträglich anerkannt.

Bei der Einführung des neuen Oberbürgermeisters Stadler in Gießen, wurde mehrfach der Amtstätigkeit Scheidemanns in Gießen... Der neue Oberbürgermeister begann seine Rede mit Hinweisen auf die Tätigkeit seines Vorgängers...

Der neue Oberbürgermeister begann seine Rede mit Hinweisen auf die Tätigkeit seines Vorgängers... Er erinnerte an die Aufrechterhaltung der Ordnung der Finanzen, an die Errichtung des Rettungsheims und des Entbindungsheims...

Es ist gewiß nicht ohne Interesse, gerade jetzt, vor den Wahlen zu den Bezirks- und Provinzialparlamenten, festzustellen, wie sozialdemokratische Arbeit geleistet werden muß...

Der Beamtenauschuh des Preussischen Landtages

beriet über den kommunalistischen Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftshilfe von 300 Mark und Erhöhung des Zulages für die Beamtengruppen 1-7 von 12% auf 30 Prozent...

Abg. Barteld (Dem.) sprach die Ansicht aus, daß man versuchen muß, der traurigen Lage der Beamtenhilfe Rechnung zu tragen...

Abg. Pöhlke (D. Sp.) erkennt die Notlage der Beamten an, andererseits aber die Schwierigkeiten, gerade jetzt zu helfen...

Abg. Kuntze (Ztr.) erklärt sich gleichfalls trotz Anerkennung der Notlage der Beamten gegen den kommunalistischen Antrag...

Hierauf wurden die kommunalistischen Entwürfe gegen die Antragsteller und die Sozialdemokraten abgelehnt. Annahme fand der kommunalistische Antrag...

Der Spieler.

Ein Roman von K. A. D. K. K. K. (Aus den Aufzeichnungen eines jungen Mannes.)

Als ich wieder auf mein Zimmer gekommen war, war mir der Kopf ganz schwindelig. Nun, im Grunde war es doch nicht meine Schuld, daß Mademoiselle Poline mir ein junges Mädchen...

Ich stand einem Moment da und überlegte. Die Rechnung! Wie ich. Ich hatte natürlich an, in zehn Minuten... Und im selben Augenblick sah ich Mademoiselle Poline...

Der Zerfall der SPD.

Die „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart macht Angaben aus dem Bericht der Kommunistischen Partei Württembergs an die Landesversammlung 1925...

1. Unterbezirk: „Der Einfluss in den Gewerkschaften ist zurückgegangen. Das Zurückgehen des Einflusses ist zurückzuführen auf politische Ereignisse, auf die rückwärtige Offensive des VDBB...“

2. Unterbezirk: „In 13 Ortsgruppen sind 260 Mitglieder vorhanden. Der unglückliche Zustand der gegenwärtigen Passivität innerhalb einzelner Ortsgruppen ist auf das Konto „Betriebszeiten“ zurückzuführen...“

3. Unterbezirk: „So hatten wir bei den Wahlen die Tatsache zu verzeichnen, daß wir gegenüber der Sozialdemokratie schlecht abgeschnitten haben...“

4. Unterbezirk: „Leider sind von den 13 Ortsgruppen, die der Bezirk im April 1924 zählte, nur noch 7 vorhanden...“

5. Unterbezirk: „Politisch steigt die Bevölkerung am stärksten zur SPD... In die Gemeinderäte wurden 7 Vertreter von uns gewählt...“

6. Unterbezirk: „Einfluss der SPD in den Betrieben außerordentlich gering. Sozialdemokratie entscheidend. Einfluss von SPD ungeheuer und entscheidend...“

7. Unterbezirk: „Die Entwicklung der Partei im Unterbezirk kann nicht günstig bezeichnet werden. Das ist daraus ersichtlich, daß es an Genossen fehlt...“

8. Unterbezirk: „Politisch betrachtet, steht der Unterbezirk heute noch zum größten Teil unter dem Einfluss der Sozialdemokratie...“

9. Unterbezirk: „Leider war es der Unterbezirksleitung nicht möglich, vorwärts zu kommen und organisatorisch Boden zu gewinnen...“

10. Unterbezirk: „In den verbleibenden 10 Ortsgruppen haben wir insgesamt 291 Mitglieder...“

Aus dem Barmer Ausschuh.

Der Barmer Ausschuh des preussischen Landtages trat am Donnerstag Vormittag wieder zusammen.

Berichterstatter Dr. Hasi (Soz.) gab seinen Bericht. Er kommt im wesentlichen zu dem Ergebnis, daß unzulässige Einflüsse geltend gemacht wurden, daß sich die Entscheidung des Kommunisten des Barmer Ausschuhes...“

Der Berichterstatter erklärt, daß er die Feststellungen des Ausschuhes noch nicht formulieren wolle.

Aus dem Reich.

Hindenburg wird zum Reichstagspräsidenten ernannt. Dazu schreibt die „Leipziger Volkszeitung“ treffend: „Nachdem Schillherin, der große Moskauer...“

Thüringischer Ordnungsturz. Der thüringische Minister Dr. Sattler wird die für Mittdeutschland abendgemeinliche öffentliche Versammlung der internationalen Frau...“

Der stellvertretende Direktor der Thüringischen Staatsbibliothek Meißner, wurde aus noch unbekanntem Grund entlassen...

Stenografie im Prozeß gegen den Landrat von Nienburg. Im Prozeß in der Angelegenheit der Sparlosgewinnung...“

Eine Rede des englischen Premierministers

Mr. Baldwin, meldet: Der englische Premierminister Baldwin hielt in Brighton eine Rede, in der er erklärte, die Regierung bringe der Wiederherstellung des Friedens das größte Interesse entgegen...

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Chinesenkonferenz ist im Januar. Auf des Verlangens der Großmächte und auch Japans hin, soll die für den 25. Oktober festgesetzte chinesische Konferenz auf Januar...“

Hohe Zölle in Australien auch gegen die englische Erzeugnisse. In Australien ist die Einfuhr von Waren aus England durch hohe Zölle...“

Das Spiel.

Ein Roman von K. A. D. K. K. K. (Aus den Aufzeichnungen eines jungen Mannes.)

Alles traf mich auf einmal. „Was ist das, was ist das, was ist das?“ Ich stand da und überlegte. Die Rechnung! Wie ich. Ich hatte natürlich an, in zehn Minuten...“

Ich stand einem Moment da und überlegte. Die Rechnung! Wie ich. Ich hatte natürlich an, in zehn Minuten...“

Das Spiel.

Ein Roman von K. A. D. K. K. K. (Aus den Aufzeichnungen eines jungen Mannes.)

Alles traf mich auf einmal. „Was ist das, was ist das, was ist das?“ Ich stand da und überlegte. Die Rechnung! Wie ich. Ich hatte natürlich an, in zehn Minuten...“

Ich stand einem Moment da und überlegte. Die Rechnung! Wie ich. Ich hatte natürlich an, in zehn Minuten...“

England legt seine Hand auf Tibet

Von unserem japanischen Mitarbeiter wird uns aus Tokio geschrieben: Während im Fernen Osten die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die bevorstehende internationale Konferenz in Peking gerichtet und die chinesische Regierung...

Provinz Su-Tschang. Zwar sind die inneren Verhältnisse des Landes noch sehr unbekannt, aber die letzten Forschungsreisen von Engländern haben das Interesse Großbritanniens an diesem Gebietsstrich sehr gesteigert.

Kein Wunder, wenn die britische Regierung jetzt Tibet dadurch für sich zu gewinnen sucht, daß es für seine Unabhängigkeit von China eintritt. Dies wird es als fraglich hingestellt, ob Tibet überhaupt zu China gehört.

Der Ostauschluß über seine ober-schlesische Reise.

Nach Abschluß der ober-schlesischen Reise hatte ein Vertreter der „Schlesischen Provinz-Korrespondenz“ mit dem Vorsitzenden des Ausschusses folgende Unterredung:

1. Frage: Welchen Eindruck nimmt der Ostauschluß von Ober-schlesien mit? Antwort: Es war dem Ostauschluß, als er am 14. September seine Beratungen aufnahm, sofort ein lebhaftes Bedürfnis, das national besonders bedrängte Gebiet Ober-schlesien durch persönliche Inaugenscheinnahme nach der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Seite hin kennen zu lernen.

Die Beendigung der Reise des Ostauschlusses durch Oberschlesien.

Am Donnerstag früh fuhr der Ostauschluß in Autos von Gleiwitz mit anschließender Grenzfahrt und Besichtigungen nach Ratibor. Hier überzeugten sich die Teilnehmer besonders von dem durch das überaus hohe Wohnungssehlend hervorgerufenen Schädigungen. Begrüßt wurde der Ausschuß vom Landeshauptmann von Oberschlesien, Biontel, durch folgende Ansprache:

der Häuser befinden, gemammelt. Ein derartiger Zustand muß unter Hinsicht auf die bei der Zusammendrängung großer Menschenmassen zu stellenden hygienischen Erfordernisse, insbesondere in einer Stadt, in der der Typhus endemisch ist, als dauernd gefährdend bezeichnet werden und dann leicht zum Ausbruch verheerender Infektionskrankheiten führen.

Sie fahren von hier nach Breslau, nach Niederschlesien. Bitte, übermitteln Sie den niederschlesischen Rüdern unsere herzlichsten Grüße. Wir haben ein starkes Interesse an dem Wohlgehen aller preussischen Provinzen, vor allem aber an dem Wohlgehen unserer Nachbarprovinz.

Zum Schluß wollen wir Sie über unsere drückende Schuldenslast unterrichten. Wie bereits erwähnt, schulden wir insgesamt 2.098.844 Mark, die wir machen mußten, wenn wir unsere Pflichten im Osten erfüllen wollten.

Zur Hauptauschlußberatung über das Staubecken von Ottmachau

geht uns in Ergänzung unserer getrigen Beidung noch folgender Bericht zu: Die Sozialdemokratische Fraktion hatte folgenden Antrag gestellt:

- 1. auf die Reichsregierung einzuwirken, daß im Jahre 1926 mit den Vorarbeiten zum Bau des seit zwei Jahrzehnten geplanten, im Interesse der Ober-schlesien und der Hebung der Landwirtschaft in Mittel- und Oberschlesien notwendigen Bau des Staubeckens von Ottmachau begonnen wird; 2. in den Verhandlungen mit der Reichsregierung und durch Vorlage eines Gesetzentwurfes eine anderweitige Anhebung der im künftigen Talsperrengebiet von Ottmachau abzulehenden Landwirte unter möglichst gleichen Produktions- und Erwerbsmöglichkeiten vorzubereiten.

Ratibor.

Ueber die Not Ratibors sprach der Oberbürgermeister Ratibor, indem er zunächst darauf hinwies, daß Ratibor den rühmlichen Ruf für sich in Anspruch nehmen müsse, unter seinen Schwesterstädten Bautzen, Hindenburg und Gleiwitz die größte Notlage aufweisen zu müssen.

Leobschütz.

In einem Referat über Leobschütz wurde zunächst die Sonderstellung des Kreises in Oberschlesien betont und dabei hervorgehoben, daß dieser Kreis von drei Seiten von höchstem Gebiet umgeben ist und das wertvollste Ackerland Oberschlesiens ist.

Im Hauptauschluß führte H. Müller (Soj.) dann aus: „Der Bau der Talsperre von Ottmachau hat schon mehrmals den Landtag beschäftigt, doch er wurde stets zurückgestellt.“

Wenn wir zu all diesen Schäden noch die Unweckerkatastrophen (Egel, Wolfenbrüche usw.) entstehenden Schäden hinzurechnen, die in unserem Kreise, wie namentlich in dem Nachbarkreise Leobschütz, angerichtet wurden, der mit unserer Stadt gleichfalls in irrtümlich wirtschaftlichen und Handelsverkehr steht.

Die Wohnungsnot der Stadt Leobschütz wird am besten durch die Forderung illustriert auf Bau von 121 neuen Wohnungen, um einmal den fehlenden Raumbedarf zu decken, weiter durch 192 neue erforderliche Wohnungen für solche Familien, die heute mit anderen Familien in einem Räume wohnen, und durch den Bau von 195 Wohnungen, die als Ersatz für die unbemessbaren Wohnungen benötigt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei und Kommunisten angenommen. Dagegen stimmten: Deutschnationale, Zentrum und Wesen.

Ueber die Notwendigkeit einer angemessenen kommunikativen Bodenpolitik, die allein gemeint ist, schon unter den besten Verhältnissen eine vernünftige Preisbildung zu ermöglichen, brauche ich hier nicht zu reden.

Gehtloffen wurde die Reihe der Referate durch eine Schlußansprache des Oberpräsidenten Dr. Proste, in welcher er ausführte:

Der Augenblick ist herangelommen, in dem wir Oberschlesien und von Ihnen, meine Damen und Herren vom Ostauschluß und von der Zentralregierung, verabschieden müssen. Wir tun das in dem Gefühl und mit den Worten tiefsten Dankes für all die Mühsalen, denen Sie sich in Oberschlesien unterzogen haben, um ein Bild von der verheerendsten Notlage, von den verchiedenen Bedürfnissen, von der Arbeit und dem Geist, kurz von der Gesamtlage Oberschlesiens zu bekommen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei und Kommunisten angenommen. Dagegen stimmten: Deutschnationale, Zentrum und Wesen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Das Finanzamt Breslau-Land teilt mit: Wegen Vergehens gegen die verschiedenen Steuer-gesetze sind in der Zeit vom 1. Juli 1925 bis 30. September 1925 Geldstrafen von zusammen 2065 Reichsmark festgesetzt worden.

Dowig. * Sitzung, Erzieher! Sonnabend, den 10. Oktober, abends 7½ Uhr, findet in der Volkshalle eine öffentliche Versammlung statt, in der Herr Hauptlehrer Niedel, Dowig, über die Einrichtung der Fortbildungsschulen im Landkreis und insbesondere in unserem Orte sprechen wird.

Obernitz. Seit wann ist das Löbbe? Von Augenzeugen wird uns berichtet, daß am 18. September 1925 im Kreis Rathenowertsdorf vierter Klasse eine Stabskommandierung tagte. Es war nicht recht klar, was die Stabskommandierung zu ihren Zusammenkünften ausrichten sollte.

Bresl. Flug- u. Sporttage

am **Sonnabend, den 10.,** und **Sonntag, den 11. Oktober**
ab mittags 12 Uhr ab vormittags 9 Uhr

auf dem Flugplatz Gandau

Vollständige Eintrittspreise!

1. Schles. Fliegerrennen

über 100 km
Fallschirmsprünge
Ballonverfolgung

Ballonwettfliegen

Geschicklichkeitsfahren
für Automobile
und Motorräder

Gemischte Staffel

Wettbewerb für Flugzeuge, Automobile, Motorräder, Reiter u. Läufer,
Wettbewerb für das Publikum u. viele andere große Ueberraschungen.

Stadt-Theater
Freitag, 7 Uhr:
"Sonnhäuser"
Sonnabend, 8 Uhr:
Johannas Erzählungen
Sonntag, 11 1/2 Uhr:
1. Kongenfeier
Les petits riens
Dienstag:
Die Reuben von Nigen
(Kleine Preise)
Sonntag, 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus
Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2543
Täglich 8 Uhr: 4258
Uschl.
Samstag, nachm. 3 1/2 Uhr:
Mädi.
Buchdruckerei Volkswacht

Bereinigte Theater
Löbeltheater
Dienstag, 8. Okt. 8. 6774
Freitag, 9. Oktober
abends 8 Uhr:
Der Kreidetreis.
Spiel nach dem Chinesen
von Qiakuan.
Sonnabend, 10. Oktober
abends 8 Uhr:
Jam erka Male!
Das Apostelspiel.
von Max Zell.
Dienstag, 3. ersten Male!
"Tartuff."
Süßspiel von Molière
mit Musik von Mozart.
Süßel und Komödie.
Thaliatheater
Schwerdtstr. 3. Tel. R. 6700
Freitag und Sonnabend
abends 8 Uhr:
Der Wehrgreis.
Komödie
von Werner Schöndell.
Buchdruckerei Volkswacht

CIRCU
BUSCH
Tel. Ring 311
Erwachsene u. Kinder
nachm. halbe Preise.
Kutsch
Vorverk ab 10 Uhr Circus-
kasse u. Barack.

Liebig
Theater
Telephon Ring 1646.
Täglich 8 Uhr:
"Jackie"
der Seelwe als Komiker.
8 Academy Girls
u. 10 weitere Attraktionen.

Warburg
Theater
Nur bis Montag!
Dala Negri
in d. gewalt. Sittenschlager:
Bella Donna.
Famoz: Das gr. Abenteuer im Lande der Pyramiden
Der Wettlauf mit dem Tode
Sonntag 3 Uhr: Große Kinder-Vorstellung
Mary Pickford in:
Der Ritt ums Leben u. Groteske
Einakt 2 Uhr. Eintritt = 30 Pf.

Hut-Haus Hanke
Friedrich-Wilhelm-Str. 23
Die große Mode
in
Velour-, Haar- und Filzhüten,
Mützen und Hutmacherfilzschuhen
Nur beste Erzeugnisse!

Promenaden-Theater
Eingang Promenade und Dominkanerplatz.
Breslau biegt sich
vor Lachen
Unsere
amerikanische
Lustspiel-
Kiste
wird alles
überagen
4327
Erstaufführungen in einer
Lustspiel-Woche
Mensch, bist du ein Affe?
Hat Darwin recht?
Der Affenprozess in Tennessee in Amerika hat die ganze Welt zum
Lachen gebracht, aber noch mehr unsere köstliche Parodie, in der
3 **Wunderaffen** den Zweifel „Mensch oder Affe“ mit er-
schütternder Komik verstärken.
Alles liegt
ist die amerikan. Groteske,
die ihren Höchsterfolg in
verblüffenden
Verwechslungen findet.
Löwenmull
Die stolze Kleine und ihr
schwücherner Liebhaber im
Kendzvous mit Löwen
lassen sie nicht aus dem
Lachen kommen.
Mensch, kauf
dir ein Auto
ist der richtige Amerikaner.
Sensation und tollerster Humor
die besten Darsteller. Ein
Wirbel von Lachstürmen.
Billy, sei helle
Der Junggesellenklub Männer-
treue stellt in New York alles
auf den Kopf und wird es
auch im Promenaden-Theater.

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
Breslau 1, Albrechtstraße 56.
Zum Preisabbau!
Raffinade-Zucker
aus neuer Ernte hier ich heute an:
Fein la per Pfd. 0.30
Büffelzucker " 0.33
Puderzucker " 0.40
Weizenmehl 900 per Pfd. 0.17
Auszugmehl " 0.22
do. in 5 Pfd.-Säcken 1.35
do. in 10 Pfd.-Säcken 2.50
Weizen Getz per Pfd. 0.24
Als sehr vorteilhaft empfehle:
Brekwurst in 1 Pfd.-Dosen
per Dose 0.95 Pfd.
Landleberwurst mit Fettfäden
per 1 Pfd.-Dose 0.70 Pfd.
Rauheleberwurst, die Dose
ca. 1/2 Pfd. Netto 0.50
Ein seltenes Angebot!
Del-Sardinen
Mark „Romeo“
Sehr Gutes für „Hilflos & Gesund“
Fisch und Del von allerbesten Qualität.
1 3 5 10 25 50 Dosen
Pfd. 0.85 2.50 4.00 7.00 13.00 37.00
Ab 16. Oktober werden Sardinen mit
einem recht empfindlichen Gallenleibschlag
belastet.
Ebenso habe ich noch vor der Zoll-
erhöhung einen großen Posten
Sibirische Weierei-Butter
heringegenommen. Der Ausfall der Butter
ist erfrischend hocharomatisch, kernig und
von bestem Geschmack und Verdaulichkeit
das Pfd. Pfd. 2.10
Reines ameril. Schweinefleisch
per Pfd. 0.35
Käsefleisch, Delikatessware . . . 1.30
Mischfleisch 0.70
Reisfleisch in Dosen 0.70
Margarine in Blechblech
per Pfd. 0.50, 0.60, 0.75, 1.00
Corned beef
amerilische Ware
im Blechblech 500 g Fleisch . . . 0.25
die 6 Pfd.-Dose (enpl. Gewicht) . . 1.30
Hausmacher-Äpfel
Fenchel per Pfd. 0.25
Günstige Bedingungen und Kapazitäten
sowie zu bekannt billigen Preisen bei nur
bester ausgeglichener Qualität.
Kaffee
ausgezeichnete Qualität und Preiswertigkeit
Gut-Verpackung P. Pfd. 1.-
ausgezeichnete Verpackung 1.50
ausgezeichnete Verpackung 2.50
ausgezeichnete Verpackung 3.50
ausgezeichnete Verpackung 4.50
ausgezeichnete Verpackung 5.50

BRESLAUER
WELT-BÜHNE
Lichtspielhaus Friedrich-Wilhelm-Str. 35
Beginn: Wochentags 6 u. 9 Uhr; Sonntags 4, 7, 9 Uhr.
Im großen
Doppel-Programm
Der Weibsteufel
und
Pat und Patachon
in „Filmform“
Näheres an den Anschlagzettel!

Berufskleidung
Rudolf Petersdorff
Breslau, Ohlauer Straße 8

Anze-Mantel für Damen und Herren 9.50, 7.50	6.25	Fleischer-Jacken Seidestoff, gestreift	8.00
Staub- und Schutzmäntel beide Qualitäten 10.-	8.50	Koch- u. Konditorjacken prima weiß Coper	7.50
Mechaniker-Kittel braun	6.25	Kellner-Jacken prima Coper	7.50
Schrittsseher-Kittel blau-weiß gestreift	6.25	Frisör-Jacken prima Coper	6.50
Eisenbahner-Joppen prima Dreil, schwarz	6.50	Frisör-Mantel prima Coper, weiß und mode	8.50
Monteur-Anzüge blau, braun und Coper. 8.-	6.50	Maurer- u. Maleranzüge rot Dreil	9.60

Prima Winterkartoffeln
o. Sandboden liefert jedes Quantum zu billigsten Tagespreisen
Felix Tief, Gärtnerweg 8, Tel. R. 8174.
Kostproben auf Wunsch gratis.

Brautleute wollt ihr glücklich sein,
kauft Trauringe nur bei Felix Tief.
Fugenlose goldene Trauringe
Platten dieser Ringe ausgeschlossen.
Konkurrenzlos billige Preise.
Gravieren gratis.
Paul Alter, Kupferschmiede-
straße 17.
Nähe Schindlerbrücke, neben Hof-Schäfeld.

Fledermaus LICHT SPIELE **Jupiter**
Ohlauer Stadtgraben 21 Westendstraße 50-52
Albertini | Marcco
Der Herr der Rache | **Der Bezwingen des Todes**
Großes
Belprogramm
bei allen Parkäulen
steife Inserenten
unserer Zeitung zu
berücksichtigen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Die Parteimitglieder holen heute abend Kundtschreiben, Hand- und sonstige Material im Parteisekretariat ab.

- Direktiv 1. Sonnabend, 6 Uhr abends, Markenausgabe beim Parteiführer.
Direktiv 15. Sonnabend, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr.
Direktiv 16. Sonnabend, den 10. Oktober, ab 7 Uhr, Lei...

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. Oktober.

Die Farben des Herbstes.

Überall in der Natur zeigt sich jetzt, daß der Sommer vorüber ist, und daß der Herbst seinen Einzug gehalten hat. Aber wie ein riesengrüner Alter, der vom Lebenskampf gerötet ist, geht der Sommer von uns, sondern gleichsam wie ein jugendstarker Mensch, der „in Schönheit sterben“ will.

Jobtenflüge.

Die Schließliche Luftverkehrs-Aktien-Gesellschaft teilt mit: Die Schließliche Luftverkehrs-Aktien-Gesellschaft wird erlis- gen gelegentlich der Flug- und Sporttage der Arbeitsgemein- schaft der Breslauer Vereine im D.V. Jobtenflüge ausführen.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

In einem Dringlichkeitsantrage ersuchte gestern der Magistrat um Zustimmung zu einer Auslandsanleihe in Höhe von 6.000.000 Dollar, wobei es bereits sicher sein soll, daß die Stadt die Anleihe auch wirklich erhält.

Lebhaft diskutiert wurde über die Gründung einer Auf- bauerschule, durch die intelligente Volksschüler der ersten Klasse in sechs Jahren bis zur Universitätsreife gelangen können.

Eine lange Debatte gab es auch noch über das Theater. Das Zentrum hat Gerüchte schwimmen hören, über einen Riesen- zuschuss von weit über einer Million, die das Stadttheater an- geschickt neben dem bisherigen Zuschuß erfordern soll.

Das Pensionsdienstalter des Bürgermeisters Herzog sollte nach einer Magistratsvorlage auf den Beginn der Ruhestandszeit festgelegt werden. Beschlossen wurde nach dem An- trage des Berichterstatters, Stadtm. Heilberg, es erst vom Tage des Altersvorganges beginnen zu lassen.

Zur Frage der Aufbauschule.

referiert für den verhinderten Genossen Dr. M. a. R., der seinerzeit im Auftrag der Sozialdemokratischen Fraktion die ersten An- regungen zur Einrichtung einer solchen Schule in Breslau gab.

Ganz selbstverständlich, daß diese Stellung gegen die Ko- eduktion von allen Rednern der Rechten: Fr. Wajsch, Thum (Dnat.), Strauß, Nowak (Zit.), Scholz (Woll.) geteilt wurde.

Gegenüber den Reden gegen die Koeduktion waren die Ausführungen der Genossin 344. G. Käthe in besonders scharfer, die im geraden Gegensatz zu den Reaktionen sich darstellte, daß Mädchen nicht nur als Nebenbühler in die Aufbauschule auf- genommen werden können, wenn nicht genügend Annehmungen von Knaben vorhanden sind, sondern daß den Mädchen zu- nächst das gleiche Recht der Aufnahme wie den Knaben gewährt werden muß.

das hauptsächlichste Arbeiternetz, besser gelegen sei, um dem sich die Besucher der Aufbauschule größtenteils rekrutieren würden.

Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen wegen einer in Amerika aufzunehmenden Anleihe in oben angegebener Höhe stehen kurz vor dem Abschluß. Die Stadtverordneten-Versammlung muß nur noch ihre endgültige Genehmigung erteilen.

Breslauer Theaterverhältnisse. behandelt in der Begründung zweier Anfragen Stadtm. Dr. Wolf (Zentrum). Er beklagt sich darüber, daß die Theaterdeputation von dem bisherigen Magistratsbeamten Landberg nie zur Verhandlung der einschlägigen Fragen zugezogen wurde.

Die Einführung des obligatorischen Hauskassenunterrichtes in den städtischen Volksschulen, die in der letzten Versammlung bereits eingehend auf Anfrage unserer Fraktion behandelt wurde, ist nunmehr durch die neue Zusage des Magistrats zum 1. April 1926 gesichert.

Bewilligung von 210.000 Mark zur Ausführung von Hauskassenarbeiten.

Genosse Wierlich führt als Berichterstatter die große Zahl der Erwerbslosen in Breslau an, die dringend ein Eingreifen seitens der städtischen Verwaltung notwendig macht.

Stadtm. Ammon (RAD.) beantragt, das im Juli dieses Jahres den minderbesoldeten Beamten gewährte Darlehen von 100 Mark als nicht rückzahlbar zu erklären.

An kleineren Vorlagen wurden ferner bewilligt: 32.000 Mark zum Ausbau und zur Instandsetzung von Büroräumen, 1236 Mark für Einrichtung eines Schwefelgaszimmers im Säuglingsheim, 700 Mark für Juridischerlehre eines Jannes, der eine vor der Hauptlinie liegende kostenlos erworbene Parzelle in der Frankfurter Straße begrenzt.

Das Vermächtnis des verstorbenen Amtsgerichtsrats Marz Feige, bestehend aus wertvollen Kunstgegenständen, wird mit Dank angenommen. — Das Gehalt für die durch das Aufheben des Räumers frei werdende Stelle des Stadtkämmerers wird nach Sondergruppe B II, resp. B III, in der zweiten Halbjahresperiode festgesetzt.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like 'Kassier', 'Schreiber', 'Bürohilfskräfte' with corresponding values.

Bresl. Flug- u. Sporttage

am **Sonnabend, den 10.,** und **Sonntag, den 11. Oktober**
 ab mittags 12 Uhr ab vormittags 9 Uhr

auf dem Flugplatz Gandau

Volkstümliche Eintrittspreise!

1. Schles. Fliegerrennen
 über 100 km
Fallschirmabsprünge
Ballonverfolgung

Ballonwettfliegen
 Geschicklichkeitsfahren
 für **Automobile**
 und **Motorräder**

Gemischte Staffel
 Wettbewerb für Flugzeuge, Automobile, Motorräder, Reiter u. Läufer.
 Wettbewerb für das Publikum u. viele andere große Ueberraschungen.

Stadt-Theater
 Freitag, 7 Uhr:
"Tannhäuser"
 Sonnabend, 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen
 Sonntag, 11 1/2 Uhr:
 1. Rosenkranz
Les petits riens
 Hierzul:
Die Knieen von Wien
 (Kleine Komödie)
 Sonntag, 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus
Schauspielhaus
Operettenbühne
 Tel. Ring 2545
 Täglich 8 Uhr: 458

Uschi.
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
Mädi.

Bereinigte Theater
Lobeltheater
 Dienstag, 8. Tel. R. 6774
 Freitag, 8. Oktober
 um 8 Uhr:
Der Kreidekreis.
 Spiel nach dem Chinesen
 von Klabund.
 Sonnabend, 10. Oktober
 abends 8 Uhr:
Zum ersten Male!
Das Apostelstück
 von Max Hill.
 Hierzul: 2. erstes Male!
"Lattüpf"
 Bühnspiel von Max Hill
 mit Musik von Mozart,
 Fändel und Kameau.
Thalia-Theater
 Schwerdtf. 3. Tel. R. 6700
 Freitag und Sonnabend
 abends 8 Uhr:
Der Wehrkreis.
 Komödie
 von Werner Schönbell.
 Buchdruckerei Volkswacht

Circus Busch
 Tagl. 7 1/2 Uhr, Sonntag 3 U.
 nachm. halbe Preise.
Kochhaus
 Vorverk ab 10 Uhr Circus-
 kasse u. Barisch.

Wartburg
Lustspiele
 Nur bis Montag!
Pola Negri
 in d. gewalt. Sittenschlager:
Bella Donna.
 Ferner: Das gr. Abenteuer im Lande der Pyramiden
Der Wetlauf mit dem Tode
 Sonntag 3 Uhr: Große Kinder-Vorstellung
Mary Pickford in:
Der Ritt ums Leben u. Groteske
 Einlaß 2 Uhr. Eintritt nur 30 Pf.
Hut-Haus Hanke
 Friedrich-Wilhelm-Str. 23
Die große Mode
 in
 Velour-, Haar- und Filzhüten,
 Mützen und Hutmacherfilzschuhen
 Nur beste Erzeugnisse!

„Jackie“
 der Seelöwe als Komiker.
8 Academy-Girls
 1. 10 weitere Attraktionen.

Promenaden-Theater
 Eingang Promenade und Domänenplatz.

Breslau biegt sich
 vor Lachen

Unsere
amerikanische
Lustspiel-
Kiste
 wird alles
 überragen

Erstaufführungen in einer
Lustspiel-Woche

Mensch, bist du ein Affe?
Hat Darwin recht?
 Der Affenprozeß in Tennessee in Amerika hat die ganze Welt zum
 Lachen gebracht, aber noch mehr unsere köstliche Parodie, in der
 3 Wunderaffen den Zweifel „Mensch oder Affe“ mit erschütternder Komik verstärken

Alles liegt
 ist die amerikan. Groteske,
 die ihren Höhepunkt in
 verblüffenden
 Verwicklungen findet.

Löwenmüt
 Die stolze Kleine und ihr
 schätzer Liebhaber im
 Rendezvous mit Löwen
 lassen Sie nicht aus dem
 Lachen kommen.

Mensch, kauf dir ein Auto
 ist der richtige Amerikaner.
 Sensation und tollster Humor
 die besten Darsteller. Ein
 Wirbel von Lachstürmen

Billy, sei helle
 Der Jungesellenklub Männer-
 treue stellt in New York alles
 auf den Kopf und wird es
 auch im Promenaden-Theater.

Lebensmittel-Großhandlung
Max Schönfelder
 Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Zum Preisabbau!
Raffinade-Zucker
 aus neuer Ernte bieten ich heute an:
 Fein Ia per Pfd. 0.30
 Bitterzucker " 0.35
 Puderzucker " 0.40
 Weizenmehl 000 per Pfd. 0.17
 Roggenmehl " 0.22
 in 5 Pfd.-Säcken das Säcken 1.35
 in 10 Pfd.-Säcken das Säcken 2.55
 Wiener Gries per Pfd. 0.24

Als sehr vorteilhaft empfehle:
Prehwurst in 1 Pfd.-Dosen
 per Dose 0.95 Mt.
Landbierwurst mit Fettwürden
 per 1 Pfd.-Dose 0.70 Mt.
Kaiserbierwurst, die Dose
 ca. 1/2 Pfd. Netto 0.50

Ein seltenes Angebot!
Del-Gardinen
Marie „Kometen“
 Bester Gries für „Whirlig & Comand“
 Tisch und Del von allerbesten Qualität.
 1 3 5 10 25 50 Doren
 Mt. 0.85 2.50 4.00 7.50 19.00 37.00

Ab 16. Oktober werden Gardinen mit
 einem recht empfindlichen Zollanschlag
 belegt.
 Wenig habe ich noch vor der Zoll-
 erhöhung einen großen Posten
Sibirische Meierei-Butter
 heringekommen. Der Ausfall der Butter
 ist erstklassig, hocharomatisch, fettig und
 von bester Geschmack und Reinheit
 das Pfd. Mt. 2.10

Reines amerik. Speiseöl
 per Pfd. 0.35
Maisperle, Delikatessware . . . 1.30
Widderkäse 0.70
Käsezeit in Tafeln 0.70
Wagyu in Tafeln
 per Pfd. 0.50, 0.55, 0.75, 1.00

Corned beef
 allerbeste Ware
 im Auschnitt 500 g Fleisch . . . 0.75
 die 6 Pfd.-Dose (einkl. Gewürz) . . 3.50

Hausmacher-Stubeln
 Bandware per Pfd. 0.28

Glänzige Backwaren und Süßwaren
 nach zu bekannt billigen Preisen bei noch
 besser angelegter Qualität.

30 Pf.-Kaffee
 vollständig in Qualität und Reinheit
30 Pf.-Kaffee
 Kaffeebohnen 1.00
 Kaffeebohnen 1.20
 Kaffeebohnen 1.50
 Kaffeebohnen 2.00
 Kaffeebohnen 2.50
 Kaffeebohnen 3.00
 Kaffeebohnen 3.50
 Kaffeebohnen 4.00
 Kaffeebohnen 4.50
 Kaffeebohnen 5.00

BRESLAUER
WELT-BÜHNE

Lichtspielhaus Friedrich-Wilhelm-Str. 35
 Beginn: Wochentags 6 u. 9 Uhr; Sonntags 4, 7, 9 Uhr.

Im großen
Doppel-Programm

Der Weibsteufel
 und
Pat und Patachon
 in „Filmflick“
 Näheres an den Anschlagzettel!

Berufskleidung

Arzte-Mantel für Damen und Herren 9.50, 7.50	6.25	Fleischer-Jacken Seidene, gestreift	8.00
Staub- und Schutzmäntel beste Qualität 10.-	8.50	Koch- u. Konditorjacken prima weiß Copier	7.50
Mechaniker-Kittel braun	6.25	Kellner-Jacken prima Copier	7.50
Schürzen-Kittel blau-weiß gestreift	6.25	Frisör-Jacken prima Copier	6.50
Eisenhammer-Joppen prima Dreif., schwarz	6.50	Frisör-Mäntel prima Copier, weiß und mod.	8.50
Monteur-Anzüge blau, braun und Copier	6.50	Maurer- u. Maleranzüge roh Dreif.	9.60

Rudolf Petersdorff
 Breslau, Ohlauer Straße 8

Prima Wintertartoffeln
 v. Sandboden liefert jedes Quantum zu billigsten Tagespreisen
Felix Tief, Gärtnerweg 8, Tel. R. 8174.
 Kolproben auf Wunsch gratis.

**Brautleute wollt ihr glücklich sein,
 kauft Trauringe nur bei Alter ein.**

Fugenlose goldene Trauringe
 Platten dieser Ringe ausgeschlossen.
Konkurrenzlos billige Preise.
 Gravieren gratis.

**Paul Alter, Kupferschmiede-
 straße 17.**
 Nähe Scheidebrücke, neben Hal-Schäfeld.

„Lachen links“
Das Witzblatt der Republik
 Heft 20 Pfennige.
 Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht
 und die Zeitungsträgerinnen.

Fledermaus **LICHT-SPIELE** **Jupiter**

Ohlauer Stadtgraben 21 Westendstrasse 50-52

Albertini | Marcco

Der Herr der Rache **Der Bezwinger des Todes**

Großes
Die Filme der 1000 Schaulustigen!
 Großes
 Programm

Unzerreißbare
Arbeits-
Hosen
Eigene Anfertigung
Oskar Dehmel
 Neumarkt 45.
Bille
 bei allen Einkäufen
 stets die Inserenten
 unserer Zeitung zu
 berücksichtigen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Dyle 5682.

Die Distriktsführer holen heute abend Kundbriefe, Handzettel und sonstiges Material im Parteisekretariat ab.
Alle Parteimitglieder sind verpflichtet, die Montags- und Donnerstags-Abende, abends 8 Uhr stattfindenden

Distriktsversammlungen

- Distrikt 1. Sonntags, 8 Uhr abends, Markenausgabe beim Distriktsführer.
- Distrikt 15. Sonntags, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Funktionärversammlungen bei Heinrich, Unterfeldstr. 39. Kassierrevision 8 Uhr, dazwischen erfolgt Markenausgabe.
- Distrikt 16. Sonntags, den 10. Oktober, ab 7 Uhr, bei Fräulein, Weichstraße, Markenausgabe. Alle Kassierer müssen erscheinen.
- Distrikt 24. Die Abrechnung der alten Marken erfolgt Sonntag, den 12. Oktober, von 5 bis 6 1/2 Uhr, in der Wohnung des Distriktsführers.
- Distrikt 26. Die Bezirkskassierer holen sich Marken und nötiges Material Sonntags, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, im Distriktsführer.
- Distrikt 37. Sonntags, den 10. Oktober, abends von 5 bis 8 Uhr Markenausgabe in der Wohnung des Distriktsführers.
- Distrikt 37. Sonntags, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, Sitzung der Funktionäre bei Exner.

Jungsozialisten. Sonntag, den 11. Oktober, findet in Oteanischhaus, eine Gruppenliste wieder statt. Wir treffen uns Hauptbahnhof früh 5 1/2 Uhr. Sonntagsfahrt bis Walschitz.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

In einem Dringlichkeitsantrage ersuchte gestern der Magistrat um Zustimmung zu einer Auslandsanleihe in Höhe von 6.000.000 Dollar, wobei es bereits sicher sein soll, daß die Stadt die Anleihe auch wirklich erhält. Eigentlich handelt es sich dabei nur um eine Erhöhung der früher beschlossenen 21-Millionen-Anleihe auf 25 Millionen. Verwendung findet sie zur Erweiterung der vorhandenen Anlagen, zu anderen oder zu laufenden Zwecken. Diesen Anleihen übrigens nicht aufgenommen werden. Die hohe Zinsenlast, die Beschaffungskosten eingezeichnet etwa 12 Prozent, müssen durch diese Anlagen selbst erwirtschaftet werden, und werden damit für die Stadt auf lange Zeit hinaus nichts ab. Immerhin ermöglicht die Anleihe die Schaffung wertvoller Arbeitsgelegenheit und einmal wird sie eben doch abgestoßen sein. So waren nur Kommunisten und Parteifreunde dagegen. Die Kommunisten wahrscheinlich aus ihren eigenen Erfahrungen, weil ihre Partei mit dem fremden russischen Gelde nichts rechtens ausgerichtet hat, während die Wältschen aus der Pleite ihrer Bank wohl eine Pleite der Stadt Breslau voraussehen.

Lebhaft diskutiert wurde über die Gründung einer Kaufschule, durch die intelligente Volksschüler der ersten Klasse in sechs Jahren bis zur Universitätsreife gelangen können. Die Deutschnationalen sind natürlich dagegen, weil sie den bestehenden Kreisen das Bildungsmonopol sichern wollen. Alles andere, was sie vortrachten, war nur bestimmt, die wahren Sintergedanken zu verbergen. Zentrum und Wältsche wandten sich gegen eine gemeinsame Erziehung der Geschlechter, die von Sozialdemokraten und Demokraten begrüßt wurde. Bedenken hatten unsere Genossen gegen die Unterbringung am Lehmteich und forderten, daß sie im Gebäude der Realschule am Stadtgraben untergebracht wird. Ueber alle Einzelheiten wird noch im Ausschuss verhandelt, daß die Schule aber Osnen eingerichtet wird, wurde gestern bereits beschlossen. Die Sozialdemokratische Fraktion, die eine solche Schule vor langer Zeit zuerst gefordert hat, kann nunmehr den Erfolg ihrer Bemühungen um den Aufstieg begabter Volksschüler für sich verbuchen.

Eine lange Debatte gab es auch noch über das Theater. Das Zentrum hat Gerichte schwirren hören, über einen Neuzuschuß von weit über einer Million, die das Stadttheater angeht, neben dem bisherigen Zuschuß erforderlich soll. An den Gerichten ist zunächst gar nichts wahr, aber möglich ist es, daß das Theater einen erhöhten Zuschuß erfordert. Augenblicklich ist der Zuschuß gut, aber wie das Gesamtergebnis des Winters sein wird, weiß man im voraus nicht. Einmütigkeit herrschte in der Frage, daß der Staat gegenüber dem Kulturwerk des Theaters seiner Zuschußpflicht genügen muß.

Das Pensionsdienstalter des Bürgermeisters Herschel sollte nach einer Magistratsvorlage auf den Beginn der Resonanzzeit festgesetzt werden. Beschlossen wurde nach dem Antrage des Berichterstatters, Stadtv. Heilberg, es erst vom Tage des Abschieds an zu beginnen. Herr Herschel hatte sich damit im voraus einverstanden erklärt. Die getroffene Regelung entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Unsere Partei stimmte zu, ließ aber durch die Genossin Jils-Eckstein auch sagen, daß ihr dies bei der Person des Herrn Herschel einigermassen schwer falle. Unseren Lesern ist bekannt, daß Herr Herschel nicht zum fortschrittlichen Flügel der Zentrumspartei gehört und von der schwarz-weiß-rotten Reaktion gewählt wurde, um die Wahl eines hervorragenden sozialdemokratischen Kommunalpolitikers zu verhindern.

Zur Frage der Aufbauschule.

referiert für den verhinderten Genossen Dr. Marz, der seinerzeit im Auftrage der Sozialdemokratischen Fraktion die ersten Anregungen zur Einrichtung einer solchen Schule in Breslau gab, Stadtv. Seppelt (Zentr.). Er bejaht die Notwendigkeit der Schule für unsere Stadt, weil eine ganze Reihe von Vorwärtshäusern ebenfalls besitzen und deren Einwohner bei einem eventuellen Wohnungswandel, wie er zum Beispiel oft bei Beamten in Frage kommt, ihre Kinder in Schulen gleicher Art umschulen können. Zweiteils sprechen soziale Gründe dafür. Es müßte minderbemittelten Eltern die Möglichkeit gegeben sein, auch ihre Kinder zur Universitätsreife zu bringen. Ganz feierlich und prinzipiell (man hat bei diesen Worten direkt die bedrängte „Sittlichkeit“) wandte der Redner sich aber gegen die in der Magistratsvorlage vorgesehene Möglichkeit der Aufnahme von Mädchen in die Schule, indem er sich als grundsätzlicher Gegner der Koedukation (gemeinsame Erziehung beider Geschlechter) erklärte.

Ganz selbstverständlich, daß diese Stellung gegen die Koedukation von allen Rednern der Rechten: Frk. Blasche, Thum (Nat.), Strauß, Kowat (Zit.), Schulz (Wälts.) geteilt wurde. Sie alle, alle bewiesen sich in der Diskussion als „Hedogogen“, an denen Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte (purlos) überübergangen sind. Wer ihre Reden hörte, der konnte glauben, daß noch wenig Erfahrungen mit gemeinschaftlicher Erziehung gesammelt seien und daß diese Erfahrungen nur dagegen sprechen, während in Wirklichkeit das Gegenteil der Fall ist, und die Produkte der bisherigen getrennten Erziehung oftmals höchst unerfreuliche sind. Man muß auch bedenken, daß doch a u e r h a l b der Schulzeiten Knaben und Mädchen reichlich Gelegenheit und Zeit zum Zusammensein haben, das dadurch erheblich an Unbequemlichkeit gewinnt (und nicht in die eckigste Koffkage wie heute aussieht), daß die Kinder von früh auf miteinander geübt werden.

Die deutschnationalen und der wältsche Redner äußerten im übrigen ihre Bedenken gegen die Einrichtung der Aufbauschule, weil sich bei den bisherigen Anfragen, wieviel Kinder die neue Schule einzunehmen besuchen würden, nur eine geringe Anzahl gemeldet habe.

Gegenüber den Bedenken gegen die Koedukation waren die Ausführungen der Genossin Jils-Eckstein besonders erhellend, die im geraden Gegensatz zu den Bedenken stehen, die durch die Wältschen nicht nur als Linderbücher in die Aufbauschule aufgenommen werden können, wenn nicht genügend Annehmlichkeiten von Knaben vorhanden sind, sondern daß den Mädchen z u n u t z l i c h das gleiche Recht der Aufnahme wie den Knaben gewährt werden muß. Den Bedenken, daß die Beteiligung an der neuen Schule eine zu geringe sein werde, hält sie entgegen, daß der Plan in weiteren Kreisen noch umzusetzen ist und im Falle der Scheitern über Überdacht finden würde, wenn er ein gewisses Formen annehme. Sie ist nicht einverstanden, daß die Kinder der Rechten, besonders an die erwerbslosen Realschüler I angegliedert, da diese Schule für den Wältschen Breslaus,

das hauptsächlichste Arbeiternetz, besser gelegen sei, aus dem sich die Bewerber der Aufbauschule größtenteils rekrutieren würden.

Nachdem noch Genosse Pletsch in ähnlichem Sinne gesprochen und Frau Ollendorff (Dem.) unter Hinweis auf die guten Erfahrungen mit der Koedukation in Amerika sich warm für sie bei der neuen Schule eingelegt hatte, wurde die Vorlage zur nochmaligen Beratung an den Ausschuss verwiesen.

Mitteilung von 2 Millionen Dollar

Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen wegen einer in Amerika aufzunehmenden Anleihe in oben angegebener Höhe stehen kurz vor dem Abschluß. Die Stadtverordneten-Versammlung muß nur noch ihre endgültige Genehmigung erteilen.

Stadtv. Dr. Sande als Berichterstatter beschränkt die Annahme, kritisiert nur die vorgesehene Anlage der Gelder. In der Diskussion, an der sich von unserer Fraktion Genosse Frenz beteiligt, wird im allgemeinen die Aufnahme der Anleihe begrüßt, aber ähnliche Vorbehalte über die endgültige Verwendung des Geldes gemacht. Nur der wältsche und der kommunistische Redner wenden sich dagegen, weil das Geld im Auslande aufgenommen wird und wir dadurch angeblich in die „Schuldensucht“ des Auslandes geraten. Sie bleiben aber selbstverständlich die Antwort schuldig, als der Kammerer sie um Angabe inländischer Geldquellen bittet. Die sind eben leider nicht vorhanden.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der „nationalen“ Extremen rechts und links angenommen.

Breslauer Theaterverhältnisse

behandelt in der Begründung zweier Anfragen Stadtv. Dr. Wolff (Zentrum). Er beklagt sich darüber, daß die Theaterdeputation von dem bisherigen Magistratsbeamten L a n d s b e r g nie zur Behandlung der einschlägigen Fragen zugezogen wurde, insbesondere nicht bei den im Frühjahr und Sommer dieses Jahres stattgefundenen Verhandlungen. Er bittet um Auskunft, ob die in der Stadt umlaufenden Gerichte über notwendig werdende weitere hohe Zuschüsse der Stadt für das Stadttheater — man spricht von über einer Million Mark — begründet sind. Endlich wendet er sich gegen die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Theater-G. m. b. H., fordert größeren Einfluß der Stadtverordneten-Versammlung darin und regt an, bei den Staatsbehörden um Unterstützung des Theaters vorzulegen, damit nicht alle Lasten von der Stadt getragen zu werden brauchen. Die Anwesenheit des Ostauschusses bietet dazu Gelegenheit.

Stadtv. S c h m i d t beruhigt den Fragesteller darüber, daß nicht eine Million Zuschuß in Frage komme, sondern daß vielmehr „nur“ 200.000 Mark Zuschuß erforderlich seien. Die Theaterdeputation ist bei den letzten Verhandlungen von seinem Vorgänger deshalb nicht hinzugezogen worden, weil die Verhandlungen noch nicht so weit gediehen waren.

In der anschließenden Diskussion kommt allgemein zum Ausdruck, daß eine Verbesserung der Theater nicht gewünscht wird. Allgemein wird auch die Anregung des Stadtv. Wolff angenommen, Staatszuschüsse für das Theater unserer weit nach Osten vorgeschobenen Stadt zu verlangen. Stadtv. M o l e r (K.P.D.) schließt dabei das „Kulturgedächtnis“ der Versammlung. Genosse B a n d m a n n stellt fest, daß im Ausschussrat der Theater, G. m. b. H., die Vertreter von Stadt und Provinz ungefähr zwei Drittel der Sitze inne haben, so daß keine Besetzung städtischer oder allgemeiner Interessen durch den Ausschussrat zu befürchten sei.

Die Einführung des obligatorischen Haushaltsunterrichtes in den städtischen Volksschulen.

die in der letzten Versammlung bereits eingehend auf Anfrage unserer Fraktion behandelt wurde, ist nunmehr durch die Beschlüsse der Magistratsversammlung vom 1. April 1926 geschehen. Die Versammlung nimmt das mit Befriedigung zur Kenntnis.

Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion, den Magistrat zu ersuchen, den städtischen Arbeitern einen Zuschuß von 50 Mark zur Beschaffung von Wintern vorzulegen zu bewilligen.

Er weist auf die ja allen bekannte große Notlage der Arbeiterschaft hin, die besonders zu Beginn des Winters immer fühlbarer, als in anderen Jahreszeiten sei.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte angenommen, wobei betont wird, daß die Auszahlung des Vorschusses möglichst schnell erfolgen solle.

Bewilligung von 210.000 Mark zur Ausführung von Notstandsarbeiten.

Genosse W i e r t h führt als Berichterstatter die große Zahl der Erwerbslosen in Breslau an, die dringend ein Eingreifen seitens der städtischen Verwaltung notwendig macht. Viele der Erwerbslosen seien schon lange ohne Arbeit und das Elend dieser Tausende steige ins Unerträgliche.

Auch dieser Magistratsvorlage wird ohne größere Debatte zugestimmt, da sich niemand über die traurige Lage des erwerbslosen Teils der Breslauer Bevölkerung hinwegsetzen kann. Es wird darüber hinaus, besonders vom Genossen M a c h e, dem Magistrat gefordert, schnellst eine neue Vorlage für weitere Notstandsarbeiten einzubringen. Bürgermeister Herschel sagt das zu.

Stadtv. E m m o n (K.P.D.) beantragt, das im Juli dieses Jahres den minderbeschäftigten Beamten gewährte Darlehen von 100 Mark als nicht rückzahlbar zu erklären. Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung, weil er den bestehenden gesetzlichen Vorschriften widerspricht. Ein solcher Beschluß würde also völlig bedeutungslos sein. Um den Beamten doch die dringend notwendige Erleichterung zu verschaffen, ist stattdessen eine erhebliche bessere Bescholdung einkaufend Genosse P i e t s c h die Rückzahlung bis zu einer neuen Bescholdungsregelung hinauszuschieben. Dieser Antrag wird leider abgelehnt, dafür aber der nicht ganz so weit gehende später gestellte Antrag des demokratischen Stadtverordneten Dr. H e l d e r g angenommen, der die Verlehnungsrückzahlung um vorläufig sechs Monate hinauszuschiebt.

An kleineren Vorlagen wurden ferner bewilligt: 32.000 Mark zum Ausbau und zur Instandsetzung von Büroräumen. 1236 Mark für Einrichtung eines Schwefelzimmers im Säuglingsheim. 700 Mark für Zurückerstattung eines Saunens, der eine vor der Hauptlinie liegende kostenlos erworbene Patzelle in der Frankfurter Straße begrenzt.

Das Vermächtnis des verstorbenen Amtsgerichtsrats Moritz Feige, bestehend aus wertvollen Kunstgegenständen, wird mit Dank angenommen. — Das Gehalt für die durch das Abgehen des Kammerers frei werdende Stelle des Stadtkammerers wird nach Sondergruppe B II, resp. B III, in der zweiten Wahlperiode festgesetzt.

Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 9. Oktober.

Die Farben des Herbstes.

Überall in der Natur zeigt sich jetzt, daß der Sommer vorüber ist, und daß der Herbst seinen Einzug gehalten hat. Aber nicht wie ein griesgrämiger Alter, der von Lebenskämpfen gezeichnet ist, geht der Sommer von uns, sondern gleichsam wie ein jugendvoller Mensch, der „in Schönheit sterben“ will. Überall ist es Laubbäume und Laubsträucher sehen, draußen im Walde bilden dem Dunkelgrün der Tannen und Fichten, an den Laubbäumen, in Hainen und Gärten flammt ein bunter Farbenrausch. Das Blätterdach der Laubbäume verfärbt sich mit jedem Tage. Betrachten wir jetzt von einem Berge aus eine Taleinsenkung oder lassen wir die Blicke von einer Niederung auf eine Anhöhe schweifen, so kommt uns zum Bewußtsein, daß kein later uns ein schöneres Farbenbild geben könnte als dies ist, und uns die Natur beim Scheiden des Sommers gibt. Weithin schaut das helle Gelb der Birken und das Gelbrot oder Kupferrot der Buchen, aus den Gärten schimmert das Dunkelrot des roten Weines hervor, von dorther leuchtet es von einem Baum die feine Bronze und dazwischen wieder brennen heine alle Arten, die ein Maler auf der Palette geben kann. Aber nicht mehr in sich selbst zeigt der Herbst ein buntes Gewand an. Auch die kleinen und weniger vorzüglich sehen wir jetzt überall ein blasses Aufblühen. Noch blühen so manche Blumen, auf dem abebbenden, an Abhängen und an den Rändern der Berge glänzt vom hellsten Gelb bis hinüber zum Rot des Rumpurs und bis zum schimmernden Braun der Bronze. Auch von den Sträuchern immer es in den verschiedensten Farben. Beeren in Weiß, Schwarz, Rot und Blau hängen an den Zweigen, braune Kastanien und Eicheln liegen auf dem Boden. Scheint dazu die Sonne und zeigt der Himmel sein Blau hinzu, so ist ein Herbsttag kaum weniger schön wie ein Frühlingstag.

Woher stammt nun die Farbe des Herbstlaubes? Unsere Gemüter haben, wie so viele andere Naturvorgänge, auch den der natürlichen Laubfärbung gründlich erforscht. Dabei ist festgestellt worden, daß die Buntfärbung des Laubes auf eine chemische Veränderung der im Laube vorhandenen Stärkeformel zurückzuführen. Diese Stärkeformel werden im Sommer durch die Einwirkung der Hitze immer mehr und mehr in Zuder umgewandelt. Zur Zeit, wenn die Intensität der Sonnenwärme nachzulassen beginnt, fangen diese Zuderformel an, sich zu zersetzen. Die Zersetzungsprodukte — vorwiegend Säuren — bilden die auffallenden bis braunroten Farben. Später, wenn das Laub als wirksam „bleich“ bezeichnet werden kann, haben sich auch die Zersetzungsprodukte des Zuders verflüchtigt. Dann bleibt nur das leere, ohnehin Zellgewebe des Blattes übrig. Derartige Blätter zeigen nun auch stets eine schmutzige, braune, niemals eine lebhaft grüne Farbe.

Jobtenflüge.

Die Schließliche Luftverkehrs-Aktien-Gesellschaft teilt mit: Die Schließliche Luftverkehrs-Aktien-Gesellschaft wird erstigig gelegentlich der Flug- und Sporttage der Arbeitsgemeinschaft der Breslauer Vereine im D.V.V. Jobtenflüge ausführen. Es hat sich herausgestellt, daß weite Kreise der Bevölkerung von den kurzen Kundflügen, wie sie gelegentlich der Messe usw. ausführt wurden, noch keinen endgültigen Eindruck gewonnen haben, wie ihnen eine Luftreise bekommt. Viele Leute, die gegen aus dem dritten Stock eines Hauses heraussehen, glauben, dieses Schwimdelgefühl im Flugzeug verfliehe aufzutreten. Dem ist nicht so. Schwimdelgefühle sind nur möglich, solange eine Verbindung mit dem Erdboden besteht. Noch nie ist ein Mensch im Ballon oder Flugzeug dagegen schwimdelig geworden. Anders verhält es sich mit der Seekrankheit. Es gibt Menschen, die bereits in der Eisenbahn diesem Leiden verfallen. Sie können damit rechnen, daß ihnen das gleiche auch im Flugzeug passiert. Schließlich ist für Seerkrankheit der Aufenthalt in höheren Höhen unangenehm. Der Luftverkehr spielt sich in der Regel zwischen 100 und 500 Meter Höhe ab. Wer also mit Rücksicht auf sein Herz sich davor hütet, den Ramm des Klügelgebirges begehen, der wird auch im Flugzeug mit der Möglichkeit rechnen müssen, Seeschwimer zu haben. Für alle anderen besteht eine Gefahr, daß ihnen das Fliegen schlecht bekomme. Bei ganz besonders böigem Wetter wird dieser oder jener gelegentlich „seesick“ werden. Die Formen dieser Erkrankung sind wesentlich schwerer, als die der Seekrankheit, bei der im allgemeinen der vom Betroffenen sich in einer Verfassung befindet, in der er am liebsten sterben möchte. Die Luftkrankheit dagegen äußert sich allgemein in einem kurzen Uebellein, das meist schon während des Fluges bei ruhigerwerden des Wetters vollkommen nachläßt. Um ein Bild darüber zu gewinnen, wie einem das Fliegen bekommt, sind die Jobtenflüge eingerichtet. Sie dauern ungefähr 30—40 Minuten und werden in der Höhe zurückerlegt. Sie sind im D.V.V. sehr wichtig sind.

Gleichzeitig bieten diese Flüge einen herrlichen Ausblick über den weitläufigen Jobtengebirge, dessen Schönheit die meisten Schleier aus eigener Anschauung bereits kennen. Die Flüge können jederzeit nach vorheriger Beratung mit der Flugleitung in Genuß (Ring 8229) ausgeführt werden. Der Preis beträgt bei Teilnahme von fünf Personen je 30 Mark.

Wahlhand

Partei	Stimmen	Prozent
Sozialdemokratische Partei	174	17,4
Polenpartei	100	10,0
Republikanische Partei	100	10,0
Deutsche Volkspartei	100	10,0
Polenpartei	100	10,0
Polenpartei	100	10,0
Polenpartei	100	10,0

Gewerkschaftsbewegung.

Der Eisenbahnbedienstete als Reparationspfer.

Von der Presseabteilung des Einheitsverbandes der Eisenbahnbediensteten Deutschlands, Ortsverwaltung Breslau, wird uns geschrieben:
Für sein Land und sein Volk spielt der Eisenbahner den mit Reparationslasten überladenen Packesel. Hunderttausende sind abgebaut worden und schon wird von weiteren Hunderttausenden geredet. Was aus dem Betrieb hinausgeworfen wurde, ist durch Mangel an Ersatz und die Schwierigkeit der Beschaffung im Fortkommen behindert oder durch Unfall- und Kriegsverletzungen in der Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt. Irrendes in der Betriebsführung ist, wird mit der Drohung weiterer Abbaues, dem „wissenschaftlichen“ Gedingelassen den Leistungsleistungen genau so angetrieben wie im Kriege der Drohung des Schützengrabens. Für eine Anpassung der Löhne an die Teuerung aber hat die Reichsbahn kein Geld. Schrott werden die beschleunigten Fortbewegungen abgeleitet. Man hat die Reichsbahn zum Heloten herabgesenkt, wenn die Reparationen herauskommen. Mitterweile klettert die Unfallziffer, die in 1923 noch weit dem Vorkriegsstand lag und die infolge der Einführung der neuen Bremsen und der Beschleunigung des angeblich ungeschulten Personals eigenartig sinken müßte, erneut wieder in die Höhe.

Die dadurch im Volke entstandene Beunruhigung ist der Unterwelt natürlich höchst unangenehm. Sie läßt Denksprüche und Kritik über die „Triebsicherheit“ bei den Deutschen Reichsbahnen los. Mit der in unerschütterlichen Zahlen und gewählten Gegenüberstellungen zu werden wir uns in nächster Zeit eingehend befassen müssen. Für heute mag die Feststellung genügen, daß auch die Verhältnisse der Verwaltung ein ernstes und wesentliches Aufsehen der Unfallziffer seit 1923 zu berechnen können. Dafür ist man nach einer anderen Richtung hin am so froher. Man schiebt die Schuld an den vielen Unfällen auf das Personal! Aber die Eisenbahnunfälle und ihre Folgen hat man auch im Reichsarbeitsblatt einen sehr leichten mit vielen Bildern versehenen Artikel erscheinen lassen. In dem wird zwecks Rechtfertigung der Verwaltung ausführlich geltend gemacht, daß mehrere Unfälle herausgegeben seien, die sich die Männer vom Betriebsdienst mit Mäßigkeit und Warnung zu vermeiden. Auch die Grundzüge der Rekonstruktion würden angegeben, um solche Maßnahmen eindrucksvoll zu gestalten. Von dem Reim sei ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Über: „Tatsächlich sollte sich bei rund zwei Drittel aller Eisenbahnunfälle ein Verschulden oder Vergehen der Betriebskräfte nachweisen.“

Dieser Satz steht im Reichsarbeitsblatt des Reichsarbeitsministeriums, einem Blatt, das Anspruch darauf macht, ernst genommen zu werden. Danach würden also zwei Drittel aller Unfälle nicht vorzukommen, wenn die Eisenbahner vorsichtiger wären. Das ist im Reichsarbeitsblatt auch noch ausdrücklich und leicht gesagt, indem es weiter heißt:

Es ist aber kein Zweifel, daß diese Unfallziffern noch weit herabgedrückt werden könnten. Von den Rangierunfällen sind so manche durch größere Umsicht vermeidbar, und vollends die Unfälle beim Ueberfahren der Gleise u. dergl. können bis auf einen kleinen Rest eingeschränkt werden, wenn jeder die Augen offen hält. Hier zumal ist es die eigene Unachtsamkeit, die wie ins Unglück bringt!

Mit einem Ausdruckszeichen versehen, wird hier der Eisenbahner als Sündenbock für die vielen Unfälle herausgestellt. Nach der Offenheit gegenüber den Sündenböcken abgeben (zu dem noch besagten, wenn in Folge der Untertreibung ein der Unfälle die Hauptverwaltung hat ganz rüchsigste Annahmen über die Heranziehung der Bediensteten zum Demerit ausarbeiten lassen. Und dabei weiß die Hauptverwaltung so gut wie wir, daß die reifliche Folge ihrer Vorkämpfe den gesamten Verkehr in wenigen Stunden stilllegen würde.

Wenn trotz alledem der Eisenbahner mit entrüstetem Körper den Dienst verläßt und während dessen ihm die angemessene Zucht und der kommende Winter in den Sinn kommt, kann es nicht vorzukommen, daß Fehler entstehen. Diese Fehler aber können nur Schäden für die Verwaltung, sondern auch Schäden für den und Gesundheit der Betroffenen selbst verursachen. Leider uns als Organisation immer deutlicher zum Bewußtsein kommen, daß heute die Gewaltüber mit den bestehenden Zuständen der Unfallversicherung in enger Verbindung stehen, welche Opfer der Ausbeutung als allein schuldig bezeichnen. Das Resultat der Verwaltung und ihrer Helfer sind immer Fortschritt aber Herabsetzung der Unfallkosten und Entlassungen. Padeisel, Sündenbock und schadenbringender Misset soll der Eisenbahnbedienstete sein und immer noch mehr werden weil er nicht, daß er die Energie zur Abwehr verloren habe. Kollegen, zeigt, daß die Verwaltung falsch rechnet: Organisch! und dann, wehrt euch!

Die Verstopfung der Berliner Güterbahnhöfe.

Durch Schließung sind die zwischen den im Unternehmern organisierten Speditionsfirmen und deren Käufern, Missethaber Gebäuverwalter bestehenden Lohnunterschieden beigelegt. Die ist am Montag, den 5. Oktober, wieder aufgenommen worden und damit die eingetretene Verstopfung der Berliner Güterbahnhöfe behoben. Die Verstopfung wäre zu verhindern gewesen. Wer sie verursachte und dabei das Interesse der Allgemeinheit verletzt hat, wird durch folgende Tatsachen klargestellt: Schon vor dem Streik hatte die Reichsbahndirektion beim Reichsamt für den Verkehr den Eintrag der Technischen Kohlenbeihilfe beantragt, wurde abgelehnt, weil die außerhalb des Unternehmens befindlichen Speditionsfirmen und der Deutsche Verkehrsverband sich nur zur Ausfertigung sämtlicher Notstandsarbeiten, nicht auch zur Abholung sämtlicher Güter von den Bahnhöfen erklärten, der Eintrag der Technischen Kohlenbeihilfe also nicht möglich war. Diese Firmen und der Verkehrsverband hatten die Anzahl von Gepäcken und Arbeitern zur Verfügung, indem waren sie in der Lage, die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten. Die Reichsbahndirektion aber lehnte das Angebot der ab. Sie verweigerte den nicht organisierten Firmen und dem Verkehrsverband auch die Herausgabe der Frachtbriele. Die war die Verstopfung. Daß diese für die Versorgung einer Großstadt von Millionen Menschen und in dem verkehrsreichen Monat Oktober nicht mehr als zu jeder anderen Jahreszeit Kohlen, Kartoffeln, andere für den Winterbedarf bestimmten Güter zum Versand seien, eine Gefahr war und den Preisabbau nicht förderte, ist in kein Gegenteil verkehrte, ist klar. Eine Gefahr war die Verstopfung insbesondere auch für die leicht verderblichen Güter, für welche die Reichsbahn bei vorliegendem Verkehrswesen die Verweigerung der angebotenen Hilfeleistung — unersetzlich ist. Die Reichsbahn ist eine öffentliche Einrichtung und hat das Recht der Allgemeinheit über das Interesse einzelner Speditionsfirmen zu stellen. Da das nicht geschah, muß, um Verzögerungen aus den Händen oder ähnlichen Gründen in Zukunft zu vermeiden, von der Reichsbahn verlangt werden, daß sie ihre Funktionen mit entsprechenden Anweisungen versehen.

Aus der deutschnationalen Güterbeamtenbewegung.

Wie die Güterbeamten betrogen werden. In der deutschnationalen Güterbeamtenbewegung Schlesiens spielen sich seit Monaten Dinge ab, die das Licht der Welt zu scheuen haben. Gegen die Leistung wird beispielsweise der schwerwiegende Vorwurf erhoben, sie habe die Organisation in ein völliges Abhängigkeitsverhältnis zu den landwirtschaftlichen Arbeitgebern gebracht und ihre ganze Arbeit nur auf eine Schonung der Interessen dieser Kreise eingestellt. Unter solchen Umständen gewinnt ein Bericht an Bedeutung, den kürzlich der bekannte glückliche Wind aus Kriegen, die der deutschnationalen Güterbeamtenbewegung Schlesiens sehr nahe stehen, auf unseren Schreibtisch geworfen ist.

Aus dem Bericht interessieren zunächst die Ausführungen, die sich mit der Entstehung der deutschnationalen Güterbeamtenbewegung Schlesiens beschäftigen. Hiernach bildeten sich in der Nachkriegszeit zwei Richtungen; die eine unter dem Namen „Reichsverband land- und forstwirtschaftlicher (Kauf- und Käufer-)Güterbeamten“, angegliedert dem Deutschen Gewerkschaftsbund und eine zweite, welche fast ausschließlich vom Reichslandbund abhängig ist und heute noch existiert. Die erste Richtung ist im Frühjahr 1925 aufgelöst worden. Unter dem Namen „Schlesische Güterbeamtenvereine“ mit dem Sitz in Breslau hat sich anschließend an die Auflösung des Reichsverbandes auf Betreiben des Schlesischen Landbundes und des Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für die Provinz Schlesien, ein neuer Güterbeamtenverein im Schlesischen Landbund gebildet. Zweck und Ziele dieses Verbandes sind im § 2 seines Statuts, welches vor seiner Gründung von dem Grafen Kangerling (dem Führer der schlesischen Arbeitgeber) entworfen ist, verankert. Danach wird als Zweck dieses Vereins die Hebung der Berufstätigkeit und des Standesbewußtseins, Förderung des Gemeinwerts, sowie Wahrung der sozialen rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder angegeben. Dieses Programm hat auf den ersten Blick für die Güter- und Forstbeamten etwas Verlockendes, zumal es wohl keinen Beruf gibt, welcher so unter dem Druck der Arbeitgeber leidet, wie dies bei den Güter- und Forstbeamten der Fall ist. Doch sich der Vorherrschaft des Schlesischen Provinzialarbeitsgeberverbandes selbst bemüht, die Satzungen der neuen Vereinigung zu entwerfen, obgleich die schlesischen Güterbeamten eine eigene Rechtschutzstelle hatten, zeugt von einer „rührenden“ Liebe der Arbeitgeber zu ihren Beamten. Die neue Vereinigung setzt sich aus den Mitgliedern des früheren Reichsverbandes und einigen Dutzend Verbandsmitgliedern der wirtschaftlichen Richtung sowie ihrem früheren Geschäftsführer zusammen. Wie groß das Interesse der schlesischen Arbeitgeber an dieser Neugründung war, geht daraus hervor, daß der Schlesische Provinzialarbeitsgeberverband den Beschluß eines neuen Tarifes für das Jahr 1925 noch dieser Neugründung und den ersten Anträgen an den Schlesischen und Ober-schlesischen Landbund abgab. Dieses eigenartige Verhalten der Arbeitgeber hätte eine besondere Geschäftsleitung nachdrücklich streifen müssen. Der Einfluß der Arbeitgeber auf die Geschäftsleitung war aber so stark, daß diese den Delegierten glatt eingeredet verstand, die von den Arbeitgebern verlangte Neugründung und insbesondere der Anschlag an den Landbund sei für die Beamten außerordentlich vorteilhaft.

Der „beamtenfreundliche“ Charakter der Geschäftsleitung des deutschnationalen schlesischen Güterbeamtenverbandes wird durch folgende Feststellungen charakterisiert.

Während der Zeit nach der Gründung der schlesischen Güterbeamtenvereine kam endlich ein Tarif zustande, nachdem die Güterbeamten vier Monate lang ohne Tarif gearbeitet haben und dadurch oft in schwierige Situationen gekommen sind. Eine selbstbewußte Geschäftsleitung hätte dafür gesorgt, daß noch vor Ablauf des alten Tarifes ein neuer Tarif zustande gekommen wäre. An Anregungen aus Mitgliederkreisen hat es nicht gefehlt. Leider blieben diese alle ohne acht. Offenbar stand schon damals die Geschäftsleitung viel zu stark unter dem Einfluß der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, trotzdem sich die Geschäftsführer in Versammlungen immer über den „höheren“ Stand gegenüber den Arbeitgebern betagten. Bedenken, welche in den Versammlungen vorgebracht wurden, wurden ohne Prüfung zerstreut. Nach und nach traten die Nachteile dieser eigenartigen Geschäftsleitung zutage. Und als endlich der langgeheute Tarif bekannt wurde, hatten bereits viele Beamte, welche treu ihre Beiträge bezahlt hatten, Nachteile durch die tariflose Zeit erlitten, welche auf das Konto dieser Geschäftsleitung gebucht werden müssen.

Wirtschaft. Die Bedeutung des deutsch-russischen Kreditabkommens.

Die Bedeutung des Kreditabkommens, das dieser Tage zwischen einer deutschen Großbankengruppe unter führender Beteiligung der Deutschen Bank und der russischen Kredit-Gesellschaft, Aktien-Gesellschaft, und der russischen Staatsbank in Berlin abgeschlossen worden ist, wird in den maßgebenden russischen Finanz- und Wirtschaftskreisen außerordentlich hoch eingeschätzt. „Das Abkommen mit der Deutschen Bank“, schreibt die „Ekon. mitshestaja Schin“, „stellt zweifellos einen bedeutenden Schritt in der Entwicklung der Kreditbeziehungen des Sowjetbundes mit dem Westen dar.“ Besonders wichtig sei der Kredit deshalb, weil infolge der hohen Getreidepreise der russische Getreideexport gefährdet und zum Teil unrentabel geworden sei. Infolgedessen hätte normalerweise das Importprogramm eingeschränkt werden müssen oder aber es hätte, falls der Goldfonds der Staatsbank weiterhin für Importzwecke in Anspruch genommen worden wäre, eine Einschränkung der Banknotenemission und der Staatsbankkredite erfolgen müssen. Durch das Abkommen mit der Deutschen Bank werde ein Ausweg aus dieser Situation geschaffen. Zwar seien die Kredite nur kurzfristig, sie gebel aber der Sowjet-Regierung hinsichtlich des Exports einen Zeitgewinn. Das ursprüngliche Importprogramm für das erste Quartal 1925/26 könne nunmehr eingehalten und eventuell sogar etwas erweitert werden. Man könne damit rechnen, daß bereits in den nächsten Wochen in Deutschland russische Warenbestellungen in Höhe von 90 bis 95 Millionen Mark erfolgen werden, die Deutschland im Laufe von fünf bis sechs Monaten in Dollar bezahlt werden.

Starke Besserung der Handelsbilanz Österreichs.

Die Ziffern der österreichischen Handelsbilanz, die gerade dieses Jahr solange auf sich warten ließen, werden für das erste Halbjahr 1925 (bis Ende Juni) veröffentlicht. Die Besserung des österreichischen Handels Österreichs zeigt sich deutlich in den vorliegenden vorläufigen Zahlen und den normaleren Einfuhrziffern. Das Goldbestehen zurückgerichtet ergibt sich für das erste Halbjahr 1925 ein Defizit von 243 Millionen Goldkronen gegenüber 500 Millionen Defizit im ersten Halbjahr 1924. Die Passivität

Der Syndikus der Güterbeamten erfreut sich durch die landwirtschaftlichen Arbeitgeber ganz besonderer Aufmerksamkeit, denn die Erfolge, welche er den guten Forstbeamten vor den ordentlichen Arbeitgebern errungen hat, haben die landwirtschaftlichen Arbeitgeber veranlaßt, alles aufzubieten, um diesen ihnen unbehaglichen Vertreter der landwirtschaftlichen Beamten zu befehlen. Um zu diesem Ziele zu kommen, erließen ihnen jedes Mittel recht. Eingeweihte Verbandsmitglieder behaupten, daß auch die Geschäftsführer an diesen Arbeitgeberbestrebungen interessiert waren. Es wird nicht den Beamten überlassen, durch wen sich diese vertreten lassen, sondern es wird über den Kopf der Beamten hinweg vereinbart, daß der Syndikus der Güterbeamten vor dem Schiedsgericht nicht zulässig ist. Der Syndikus hat sich für sich. Anstatt sich jede Einmischung in interne Verbandsangelegenheiten zu verbieten, trägt die Geschäftsleitung das Sprüchlein bei, daß der gewissenhafte Vertreter der Beamten in den Hintergrund tritt.

Die gewerkschaftlichen Verbände legen mit Recht das Hauptgewicht auf einen gut funktionierenden Rechtschutz in der Erkenntnis, daß dieser die Hauptstütze eines Berufsvereins ist und weisen in ihrem Etat hierfür einen großen Teil ihrer Mitgliedsbeiträge aus. Die schlesische Güterbeamtenvereine gewährt, wie verläutelt, erst seit wenigen Wochen eine kleine Pauschale für Rechtsauskünfte. Im übrigen ist die Rechtschutzstelle auf Gebühren angewiesen und bekommt seit Jahren auch unter der für ihre Tätigkeit leitens der Güterbeamtenvereine keine Zuschüsse. Die schlesische Güterbeamtenvereine wäre in der Lage, die Rechtschutzstelle zu finanzieren, denn daß diese für ihre Tätigkeit überhaupt gezwungen ist, ihre Gebühren zu liquidieren, ist ein unhaltbarer Zustand. Nach den Statuten steht den Mitgliedern Rechtsberatung, Rechtschutz und Unterstützungseinrichtungen für ihre Beiträge zu. Die Geschäftsleitung behauptet, finanziell nicht in der Lage zu sein, den gesamten Rechtschutz kostenlos zu erteilen. Eingeweihte Beamte, welche Gelegenheit hatten, die Geschäftsstelle etwas näher kennen zu lernen, sind der Ansicht, daß die Mitgliedsbeiträge überwiegend zur Erhaltung der rechtlichen Geschäftsleitung dienen müssen. In einer Rechtschutzstelle im früheren Umfange hat die Geschäftsstelle der schlesischen Güterbeamtenvereine kein Interesse, weil, wie es heißt, dies bei den Arbeitgebern über demerit werden würde. Daß die Arbeitgeber in jedem Kreise einen Syndikus haben, wird wohlweislich verschwiegen.

Diese Darlegungen sind außerordentlich interessant. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit, daß man die schlesischen Güterbeamten für gut genug hält, um mit ihnen ein fröhliches und gefährliches Spiel zu treiben. Was besonders erkauntlich wirkt, ist die Feststellung, daß der bekannte und schon viel erwähnte Führer der schlesischen landwirtschaftlichen Arbeitgeber, Graf Kangerling, der Verfasser des Statutenentwurfs ist und die Rechtschutzstelle, die mit ein Lebensnerv jeder Güterbeamtenvereineorganisation zu sein hat, nur eine ganz nebensächliche, auf Gebührensatzungen angewiesene Stelle darstellt. Wie es unter solchen Umständen noch Lohn- und Gehaltsempfänger geben kann, die sich einbilden, eine auf streng deutschnationaler und wirtschaftsrechtlicher Grundlage aufgebaute Organisation könne nur eine Hilfe sein, ist unverständlich.

Streik der Steinleher in Breslau.

In Breslau sind die Steinleher in den Streik getreten, weil das Lohnabkommen am 30. September abgelaufen ist und die Arbeitgeber bisher jede Verhandlung abgelehnt haben. Jetzt haben die Arbeitgeber Verhandlungen zugelassen, fordern aber, daß vor der Verhandlung die Arbeit aufgenommen werden müsse. Diese Zumutung haben die Steinleher einmütig abgelehnt. Nunmehr drohen die Arbeitgeber mit der Aussperrung der Steinleher von ganz Schlesien. Da den Arbeitgebern nach Artikel 125 der Verfassung des Deutschen Reiches das Verhandlungsrecht zusteht, können die Arbeitgeber einen Aussperrungsbeschluß wirklich nicht begründen. Auf die Behörden und sonstigen auftraggebenden Stellen wird es ankommen, ob sie eine solche Maßnahme der Arbeitgeber billigen oder auf Festhaltung der vorliegenden Arbeiten drängen werden. Soweit schon jetzt Verkehrsstörungen und Erschwernisse für den öffentlichen Verkehr vorliegen, tragen die Arbeitgeber die volle Verantwortung.

Der französische Arbeitsminister hat dem beantragten Schiedsgericht für die Lokomotivführer und die Heizer zugestimmt.

Ist somit auf fast ein Drittel des Vorjahres zurückgegangen. Besonders bemerkenswert ist der starke Rückgang der Kohleneinfuhr und der gewollte Import von Fertigfabrikaten; auf der anderen Seite konnte die Ausfuhr von Rohle verdoppelt werden und der Export von Halb- und Fertigfabrikaten bis zu 50 Prozent gesteigert werden. Der Monat August wird voraussichtlich für die Ausfuhr kleinere Ziffern bringen, da das österreichisch-polnische Geschäft so gut wie vollständig unterbrochen war. Sollte die günstige Entwicklung der Handelsbilanz andauern, so dürfte das Defizit von einer halben Milliarde Goldkronen wesentlich durch die positiven Ziffern des Transitverkehrs, der Fremden-Industrie gemindert werden.

Deutsch-österreichischer Kohlenablaß.

Der Abfall hat sich in der deutsch-österreichischen Kohlenindustrie seit Anfang dieses Monats erheblich gesteigert, was mit der eingetretenen Kohlenpreiserhöhung in Zusammenhang gebracht wird. Eine weitere Erhöhung der Förderung hat sich laut „Korrespondenz“ als notwendig gezeigt.

Das russische Raphta-Syndikat in Prag.

Das russische Raphta-Syndikat hat in Prag eine Zweigniederlassung errichtet, die den tschechoslowakischen Markt mit Rohöl und sonstigen Kohlenprodukten versorgen wird; der Bezug wird von der Hamburger Tankanlage aus geregelt.

Ein neuer amerikanischer Bädertrust.

Die General Baking Company, die Continental Baking Company und die Wash Baking Company, drei der größten Firmen im amerikanischen Bäckereigewerbe, haben mit 157 anderen Firmen zusammen einen Bädertrust ins Leben gerufen, der über 10 Prozent der gesamten amerikanischen Brotproduktion beherrscht und jährlich für 200 Millionen Dollar Brot liefert kann. Der Zweck dieses neuen Zusammenschlusses ist zweifellos eine stärkere Beherrschung der Weltlage als bisher. Die amerikanische Regierung hat eine sofortige Untersuchung des neuen Bädertrusts angeordnet; es ist nicht ausgeschlossen, daß die neue Vereinigung zwangsweise aufgelöst werden wird.

Tägliche Devisenkurse der Berliner Börse.

Table with exchange rates for various currencies including Gold, Dollars, and Marks.

